

**Rede des umweltpolitischen Sprechers
der CDU-Landtagsfraktion
Rainer Deppe**

am 20. April 2016

Plenum, TOP 5

Kalte Enteignung von Dieselfahrzeugen durch die "Blaue Plakette" verhindern

**Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 16/11701**

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Um eines vorweg klarzustellen:

Die CDU steht an der Seite aller Dieselfahrer, die im guten Glauben waren, ein verbrauchs- und emissionsarmes Fahrzeug gekauft zu haben, um damit einen Umweltbeitrag zu leisten. Genau diejenigen mit einem faktischen Mobilitätsverbot zu belegen, bringt nur eines: einen massiven Vertrauensverlust in eine gerechte Umweltpolitik.

Jetzt mit Ihren vollkommen unausgegorenen Ideen 13 Mio. Dieselfahrer und voraussichtlich auch 3 Mio. Besitzer älterer Benziner die Einfahrt in die Innenstädte zu verwehren, trifft wieder genau die Falschen – nämlich die fleißigen Pendler, die auf sparsame und langlebige Autos angewiesen sind.

Was ist mit unseren Handwerkern, unseren Kleinunternehmen und den wachsenden Logistikunternehmen, die ihre Dienstleistungen und Waren in die Innenstädte bringen wollen? Diese Gruppen schließen Sie aus dem Wirtschaftskreislauf der Städte faktisch aus. Dieser unausgeorene Plan ist nicht nur wirtschaftsfeindlich, sondern auch unsozial. Hier zeigt sich wieder die politische Fehlleistung von Rot-Grün.

Dieser Vorgang zeigt exemplarisch, wie Sie in der Endphase Ihrer rot-grünen Regierung vorgehen. Die Grünen preschen vor, verunsichern mal wieder einen Großteil der Bevölkerung. Die SPD ist irgendwie entsetzt, Frau Hendricks beschwichtigt auf der Homepage des Ministeriums und dann kommt irgendein nichtssagender Entschließungsantrag. Sagen Sie doch einfach klar und deutlich was Sie wollen: neue Plakette, neue Stickoxid-Zonen, neue massenhafte Fahrverbote – ja oder nein. Auf diese Fragen wollen die Menschen Antworten. Das sagen Sie nicht und deshalb bleiben wir bei unserem Antrag.

Aktuelle Dieselfahrzeuge emittieren im Schnitt immer noch ca. 10 % weniger CO₂ als vergleichbare Benziner. Im Interesse der Klimaschutzziele wäre es also kontraproduktiv, vom aktuell immer noch sparsameren Dieselantrieb abzurücken.

Wir alle wollen, dass auch die Überschreitungen der Stickoxid-Werte weniger werden.

Wir setzen bei den Neufahrzeugen an. Die Technik steht längst zur Verfügung. Sie muss jetzt zügig in die Neufahrzeuge eingebaut werden. Die Nachweisverfahren und Testläufe müssen die realen Emissionen widerspiegeln.



Es gilt das gesprochene Wort!

Es macht auch keinen Sinn, die eine Emission gegen die andere auszuspielen. Sowohl die Emissionen an Kohlendioxid, an Feinstaub als auch an Stickoxid müssen herunter. Die Nachrüstung, die nur an einer Emission ansetzt, würde zu kurz springen. Wir wollen insgesamt den Anteil an modernen und sauberen Fahrzeugen erhöhen. Dies muss aber für die Menschen und für die kleinen Unternehmen auch leistbar sein. Statt immer neuer, pauschaler Verbote setzen wir auf steuerliche Anreize zur Modernisierung des Fahrzeugbestandes.

Das ist aber nicht die einzige Maßnahme. Auch flüssiger Verkehr – etwa durch intelligente Verkehrsleitsysteme und adaptive Verkehrssteuerung - sorgt für weniger Stickoxid. Nach einer Erhebung der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sind die Stickoxid-Emissionen beim Stop & Go Verkehr um mehr als doppelt so hoch als bei flüssigem Verkehr. Aber dieser Aspekt kommt bei der Anti-Autofahrerpartei ja sowieso nicht vor.

Wer schädliche Emissionen durch den Individualverkehr verhindern möchte, ist am erfolgreichsten, wenn er Anreize schafft, dass diese Verkehre erst gar nicht entstehen. Aber die Wörter Investitionen und ÖPNV, wo Sie als Land eine echte Verantwortung haben, erwähnen Sie in Ihrem Antrag noch nicht einmal.

Stattdessen wollen Sie wieder einmal den Kommunen die Verantwortung zuschieben. Da ist es dann auch kein Wunder, dass sich auch der Städte und Gemeindebund kritisch zu Ihren Plänen für die neuen blauen Zonen geäußert hat.

